

**Erwachsenenschutzgesetz: Regierung muss vernünftig werden**

Utl.: Im Rahmen des Pressefoyers nach dem Ministerrat nahm  
Justizminister Josef Moser klar positiv zum  
Erwachsenenschutzgesetzes Stellung. =

Wien (OTS) - "Es ist positiv, dass die Regierung in letzter Sekunde  
vielleicht doch noch zur Vernunft kommen wird. Ein Verschieben des  
Erwachsenenschutzgesetzes wäre ein schwerer Anschlag auf die  
Menschenrechte in Österreich", hält Martin Ladstätter (Obmann von  
BIZEPS-Zentrum für Selbstbestimmtes Leben) fest.

Justizminister Josef Moser betonte im Rahmen des Pressefoyers,  
dass er "zu 100 % hinter dem Gesetz steht" und erinnerte an den  
einstimmigen Beschluss im Nationalrat. Er verwies allerdings auch  
darauf, dass die bisherigen Berechnungen angeblich nicht den  
Tatsachen entsprechen und die Kosten doch rund 17 Millionen Euro  
betragen würden. Die habe er nicht und stehe in Verhandlungen mit dem  
Finanzminister: "Ich brauche das Budget", so Moser und er ergänzt: Er  
hoffe, dass es zur Verfügung gestellt wird.

Zwtl.: Worauf nun aber noch genau geachtet werden muss?

"Die zugesagten finanziellen Mittel zur Einführung und  
qualitativen Umsetzung des Erwachsenenenschutzgesetzes müssen ungekürzt  
zur Verfügung gestellt werden", fordert Ladstätter und ergänzt: „Nur  
so ist die Umsetzung garantiert.“

~

Rückfragehinweis:

BIZEPS - Martin Ladstätter 0699 / 17745449

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/1490/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0100 2018-02-21/11:42

211142 Feb 18

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180221\\_OTS0100](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180221_OTS0100)